

Echte Lösung fehlt

Den Entwicklungs- und Schwellenländern droht eine Schuldenkrise. Beim G-20-Gipfel in Hamburg 2017 soll das Thema auf die Tagesordnung

Christa Schaffmann

Akut von Überschuldung bedroht sind derzeit 108 Entwicklungs- und Schwellenländer. 5,4 Billionen US-Dollar beträgt die Summe ihrer Auslandsverbindlichkeiten – so nachzulesen im aktuellen Report von »erlassjahr.de« und Misereor. Eine ähnlich dramatische Situation gab es schon einmal in den 1980er Jahren. Damals entschieden allein die Gläubiger, was zu tun sei, wem Schulden erlassen wurden und in welchem Umfang. Sie forderten im Gegenzug Haushaltsdisziplin, Subventionsabbau, wettbewerbsfähige Wechselkurse, Abbau von Devisenverkehrsbeschränkungen und die Privatisierung von Staatsbetrieben. Nicht wenige Länder wurden genötigt, Souveränitätsrechte abzugeben. Seither hat es mehrere kritische Evaluierungen dieser sogenannten Strukturanpassungsprogramme gegeben. Kritik kam auch von dem US-Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz. Das Vorgehen des Internationalen Währungsfonds (IWF) sei für die Entwicklung der Länder des Südens nicht förderlich, sondern sogar schädlich gewesen.

In der Folgezeit entstand die weltweite »Erlassjahr 2000«-Bewegung, die neben der Entschuldung Regeln für den Umgang mit Staatspleiten und Schuldenkrisen forderte. Durch diese Initiative wurde beim Kölner G-8-Gipfel 1999 immerhin ein Schuldenerlass für etliche Länder in Höhe von insgesamt 120 Milliarden US-Dollar erreicht.

Zu einem Politikwechsel kam es damals und auch später trotz zahlreicher Bemühungen insbesondere der Entwicklungs- und Schwellenländer sowie im Rahmen der UN nicht. Zu groß ist der Widerstand von IWF, Weltbank und Pariser Club, dem informellen Gremium der Gläubigerstaaten – kurz der Institutionen, mit denen die Interessen entwickelter kapitalistischer Industriestaaten durchgesetzt werden. Wer heute als

Entwicklungs- oder Schwellenland in die Zahlungsunfähigkeit gerät, ist damals wie heute zu Maßnahmen gezwungen (siehe Griechenland), die Entwicklung zum Teil sogar verhindern statt zu fördern. Allerdings wurde im Dezember 2015 die UN-Resolution »Basic Principles on Sovereign Debt Restructuring Processes« (Grundsätze für Schuldenrestrukturierungsprozesse unter eigener Souveränität) verabschiedet. Sie ist weder rechtlich bindend noch durchsetzbar, ebnet aber den Weg hin zu einem multilateralen Rechtsrahmen für Staatsinsolvenzen, zu Verfahren für die rasche und faire Überwindung von Staatspleiten. Der letzte Versuch, über einen solchen Rechtsrahmen abzustimmen, scheiterte am Nein der USA, der EU-Staaten und einiger anderer. IWF und Pariser Club hätten bereits begonnen, die Probleme anzugehen, so wurde argumentiert. Erneut sollen also die mehrfach bereits mit ihren Konzepten gescheiterten Gläubiger vorschreiben, worin der richtige Weg besteht.

Das Bündnis erlassjahr.de, in dem schon jetzt viele Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Parteien, Hilfswerke, kirchliche Gemeinden, Solidaritäts- und Partnerschaftsgruppen, Landeskirchen und Diözesen zusammenarbeiten, hat im Gegenzug die Kampagne »Debt20« gestartet. Die »Debt20« sind zwanzig Stimmen aus 20 exemplarisch ausgewählten kritisch verschuldeten Ländern. Ziel der Kampagne ist, vor dem nächsten G-20-Gipfel im Sommer 2017 in Hamburg den Druck auf die teilnehmenden Staaten so zu erhöhen, dass sie sich nicht noch einmal an echten Lösungen vorbeimogeln können. Deutschland wird bei diesem Gipfel den Vorsitz haben. Ein vorbereitendes Treffen, bei dem die Präsidentschaft von China an Deutschland übergeben wird, findet im September im chinesischen Hangzhou statt. Das Schuldenthema gehört auf die Tagesordnung dieses Gipfels, die Bundesrepublik soll das durchsetzen – so die Forderung von »Debt20«.

Argumente hat das Bündnis genug: Das beginnt mit der erwähnten dramatisch angewachsenen Verschuldung. Es geht weiter mit der drohenden Gefahr eines »Doppelschocks« durch das Zusammentreffen von sinkenden Rohstoffpreisen und wieder steigenden Zinsen. Und schließlich liefert die Zahl derer, die ihr Land verlassen, weil sie dort für sich keine Perspektive mehr sehen, ein starkes Argument. Mauern und Zäune werden sie auf Dauer nicht aufhalten, Entwicklung in den Herkunftsländern kann das aber erreichen.

Die »Debt20«-Kampagne will Menschen aus den von einer neuen Schuldenkrise betroffenen Ländern eine Stimme geben und mobilisieren. Nicht nur Organisationen – jeder kann mitmachen. Schon jetzt sind 600 Mitträgerorganisationen, viele engagierte Einzelpersonen und Entschuldungsnetzwerke in zahlreichen Ländern aktiv.

Hintergrund: Warum überhaupt Schulden?

Warum nimmt jemand Schulden auf, der von Anfang an weiß, dass er sie mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zurückzahlen kann? Leichtsinn? Übertriebener Optimismus unter dem Motto »Es wird schon gutgehen«? Oder aus Not? Argentinien hat z. B. in diesen Tagen Staatsanleihen in Höhe von 15 Milliarden US-Dollar ausgegeben. Ein hübsches Sümmchen, mit dem man stark zur Entwicklung des eigenen Landes beitragen könnte. Argentinien kann das nicht. Es muss den größten Teil des Geldes an Gläubiger zahlen, die ältere Staatsschulden nach der Wirtschaftskrise 2001 aufgekauft hatten und ihre weitgehende Rückzahlung einklagten.

Jürgen Kaiser, politischer Koordinator vom deutschen Entschuldungsbündnis »erlassjahr.de« erwartet, dass Argentinien für seine Staatsanleihen Zinsen von sieben bis 8,5 Prozent in Kauf nehmen muss. Soviel musste kürzlich Ruanda für seine jüngsten Staatsanleihen akzeptieren. Die teure Kreditaufnahme kommt zu einem Zeitpunkt, an dem Argentinien sich in einer Rezession befindet.

Auch das ghanaische Parlament beschloss im Dezember 2015, eine weitere Euro-Marktanleihe mit einem Volumen von einer Milliarde US-Dollar auszugeben, obwohl das Land erst kurz zuvor vom IWF als Staat mit hohem Überschuldungsrisiko eingestuft worden war. Auch Ghana brauchte das Geld, um bestehende Schulden zu refinanzieren und den eigenen Haushalt wie geplant umsetzen zu können.

Ein Teufelskreis also? »Normalerweise nehmen Staaten Schulden nicht auf, um sie irgendwann zurückzuzahlen, sondern um sie ständig zu refinanzieren und aus der Differenz zwischen fälligem Zins und erzielten Wachstumseffekten Entwicklung zu finanzieren«, so Kristina Rehbein von erlassjahr.de. Das habe mehrere Jahre lang bis 2014 relativ gut funktioniert. Mit den neu aufgenommenen Schulden werden jetzt allerdings häufig laufende Ausgaben gedeckt und/oder Einbußen beim Export infolge sinkender Rohstoffpreise kompensiert. Experten wie Rehbein beobachten, dass sich zudem die zuversichtliche Haltung von Anlegern verändert und sie nicht mehr die gleiche Bereitschaft an den Tag legen, Entwicklungsländern frisches und gleichzeitig günstiges Geld zur Verfügung zu stellen. »Für viele Staaten des globalen Südens bedeutet das eine Abnahme der Kapitalflüsse bei gleichzeitig sinkenden Rohstoffpreisen.«

Einen solchen Doppelschock hat es schon einmal zwischen 1981 und 1986 gegeben. Das war der Beginn der Schuldenkrise in vielen der damals noch »Dritte Welt« genannten Länder. (cs)

erlassjahr.de/kampagne/debt20

<http://www.jungewelt.de/2016/05-18/063.php>